

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 26 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 8,10 Mk. für den Monat. Politischkontor: Nr. 23885, Sozialistischer Verlag s. G. m. b. H., Breslau. Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8837.

Dienstag, 3. Mai 1921

Anzeigenpreise: Die 8gepaltene-Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3gepaltene oder deren Raum im Text 2,- Mk.

## Die Kommunistenheke geht weiter!

### Orgeschminister Koch gegen die Kommunisten.

In der letzten Sitzung des Reichstages, in der die Kämpfe in Mitteldeutschland zur Debatte standen, hat der Minister Koch ganz offen den Kurs angegeben, den die deutsche Ebert-Republik in der nächsten Zeit einzuschlagen gedenkt.

Koch versuchte sich zuerst von dem Vorwurf zu reinigen, daß das Vorgehen der demokratischen Regierung von heute zu vergleichen sei mit den Zuständen während des Sozialistengesetzes des bismarckischen Deutschland.

Und danach kündigte er den Kommunisten den schärfsten Kampf an.

Koch sagte wörtlich:

„Dieser Kampf kann nicht anders geführt werden, als indem wir die Ordnungsmittel in den Dienst des Kampfes stellen und jeden, der sich Hochverrat zuschulden kommen läßt, mit der Schärfe des Gesetzes anfassen.“

Das ist eine offene Kampfanlage Orgeschpreußens an die kommunistische Partei. In Preußen sollen dieselben Zustände Platz greifen, wie sie seit dem Kapp-Putsch in Orgesch-Bayern bestehen. Dort werden die Kommunisten verfolgt nach allen Regeln bürgerlicher Regierungskunst. Unsere Partei darf weder öffentliche, noch Mitgliederversammlungen abhalten. Sogar Sitzungen des Parteivorstandes sind in Bayern schon auseinandergeprengt worden und ihre Teilnehmer bestraft worden wegen Verstoß gegen das Versammlungsverbot.

So soll es in Zukunft auch in Preußen werden!

Der Minister Koch verteidigte diese Maßnahmen als notwendig, um die demokratische Verfassung zu schützen.

Dabei leistete er sich den lächerlichen Satz, daß die Demokratie desto mehr gefestigt werde, je energischer alle demokratisch Gesinnten den Kampf gegen links führen.

Mit diesem Kampf gegen links würde den Hochverrättern gegen rechts das Wasser von der Mühle genommen. Zu dieser Beweisführung paßt sehr gut die Nachricht, daß der Steckbrief gegen den Hochverräter Jagow erloscht sei.

So sieht die demokratische Logik in der Praxis aus!

Damit der Zug nach rechts aber noch mehr verdeutlicht werde, stellt Koch gleich noch fest, daß es für die Kommunisten natürlich keine Amnestie geben könne. Die Amnestie gegen die Kapp-Verbrecher vom vorigen Jahre sei nur deshalb erfolgt, weil die Justiz technisch leider nicht die Möglichkeit hatte, den unerhörten Ballast von Prozessen zu bewältigen. Gegen Kapp-Banden können natürlich Ausnahmeurteile nicht angewendet werden, das verbietet die demokratische Logik!

Die Arbeiter können also sehen, welchen herrlichen Zeiten wir entgegengehen.

Reißche, Hunger und Zuchthaus werden die Zukunft des deutschen Proletariats sein.

Was unsere Partei auf diese Herausforderung zu sagen hat, führte Genosse Paul Fröhlich aus.

### Die 1. Mai-Ausgabe der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ verboten.

Deutlicher konnte es die Reaktion dem revolutionären Proletariat Breslans garnicht sagen, daß es keinen Grund zur Freude, zum Tanz, zur Mai-,feier“ gibt für kampfbereite Arbeiter, als durch diese Beschlagnahme der 1. Mai-Ausgabe der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“.

Es hat sich nichts geändert. Die Reaktion triumphiert noch immer und läßt selbst am 1. Mai, dem sogenannten Feiertag der Arbeiter, ihre Säbelstiche niederfallen.

Wie wir es von der Breslauer Polizei nicht anders gewohnt sind, erfolgte auch diese Beschlagnahme ohne jede Angabe eines handgreiflichen Grundes.

Aber hier in Breslau hätte die Polizei derart ergötzt die Interessen der „Ordnung“ liebenden Bourgeoisie, daß sofort die „Sipo“ alarmiert wird, wenn bloß das Wort Kampf, gleichviel in welchem Zusammenhang, in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ vorkommt.

So war es auch in der beschlagnahmten Ausgabe vom 1. Mai. Nirgends ist die Parole ausgegeben worden, daß die Arbeiter am 1. Mai die Regierung stürzen sollen, nirgend wo ist zu Hochverrat oder zu Raub und Plünderung aufgefordert worden. Aber schon der jedem denkenden Arbeiter sofort verständliche Satz: „Der 1. Mai muß ein Kampftag sein“ genügt, um dahinter allerlei Hochverrat und sonstigen Unrat zu wittern.

Diese Eile mit dem Beschlagnahmen steht eigentlich in einem gewissen Widerspruch zu den Prophezeiungen, die tagtäglich in der „ordnungsliebenden“ Presse über die Kommunisten zu lesen stehen.

Danach soll doch unsere Partei täglich mehr zerfallen, unser Einfluß auf den „gesunden Sinn“ der über-großen Mehrheit der Arbeiter gleich Null und das „Geschreibsel“ der kommunistischen Presse nicht mehr ernst zu nehmen sein.

Nun, wenn dem so ist, so wundert uns nur, warum es die Polizei dann so eilig hat, um das „Kommunistische Geschreibsel“ zu unterdrücken.

Kann man sich doch nicht mehr so gut auf die SPD-Bozzen verlassen, die ihre Schäfschen sonst so gut im Zaume hielten? Fühlt man sich schon so unsicher, daß man fürchten muß, bloß durch das Wort Kampf schon umgeblasen zu werden?

Aber alle diese Polizeischikanen, alle Vergewaltigungen der Pressefreiheit werden der Bourgeoisie die krachende Machtstellung nicht halten können.

Die Abenddämmerung der Bourgeoisie ist nahe herbeigekommen.

### Genosse Ernst Becker verhaftet.

Gestern vormittag wurde der verantwortliche Redakteur der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ Genosse Ernst Becker aus der Redaktion heraus verhaftet.

Die Verhaftung wurde vom Hilfskriminalkommissar Loh selbst vorgenommen. Ein Haftbefehl wurde nicht vorgelegt. Herr Loh war der Ansicht, daß er das nicht nötig habe, da er keine geschwichtigen Handlungen begehe. Aus stände das Recht der Beschwerde zu!

Gegen ein solches völlig ungesetzmäßiges Vorgehen erheben wir schärfsten Protest. Da sich Breslau nicht im Ausnahmezustand befindet, verstößt es gegen die Gesetze, den verantwortlichen Redakteur einer Zeitung festzunehmen, noch ehe ein Gerichtsurteil vorliegt. Wir verlangen daher die sofortige Freilassung unseres Genossen Ernst Becker, noch dazu, wo der Gesundheitszustand unseres Genossen eine Inhaftierung überhaupt verbietet.

### Wieder eine aufgehobene Immunität.

Nachdem bereits bei vier kommunistischen Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft die Immunität aufgehoben worden war, ist jetzt mit Unterstützung der Rechtssozialisten (deren Organ das „Hamburger Echo“ hatte Zutreiber- und Spitzeldienste geleistet) auch die Immunität der Abgeordneten Genossin Kelly Gutmann aufgehoben worden.

Die Demokratie pfeift selbst auf ihren eigenen Parlamentarismus.

### „Die Kommunistin“ verboten.

Im Staatsgebiet Hamburg, wo die Sozialdemokraten in der Regierung sitzen, und in der Bürgerschaft die stärkste Fraktion bilden, ist die Frauenzeitung unserer Partei „Die Kommunistin“ verboten worden.

Die Angst der Bourgeoisie macht jetzt auch vor einer Frauenzeitung nicht halt. Nun brauchen sie bloß noch unsere Kinderzeitung zu verbieten.

### Das „Ruhr-Echo“ abermals verboten.

„Ruhr-Echo“ trotz Vorzensur verboten. Gründe wurden nicht angegeben, ebenso nicht die Dauer des Verbotes.

## Der Bankrott des Dr. Simons.

Die Staatskunst des Dr. Simons, gegründet auf blutigen Dilettantismus und unerschämtesten Schwindel, ist kläglich zusammengebrochen. Selbst Ludendorff hat während des Krieges nicht so frech und zugleich so plump gelogen, wie in diesen Tagen der Verhandlungstreife Simons und seine Leute es getan haben. Während der Mißerfolg seiner Diplomatie schon feststand, während die Franzosen sein Angebot schon offen abgelehnt hatten und England sich auf Frankreichs Seite schlug, täuschte Simons der deutschen Öffentlichkeit bewußt vor, daß noch nicht alle Hoffnung auf Einigung geschwunden sei, daß die Sache gut stehe, weil Amerika schweige. Aber Amerikas Schweigen war nicht das Schweigen der Zustimmung, es war das Schweigen der Ablehnung dessen, der den Schwindel der Simonsnote durchschaut hatte. Aber während Amerika schweig, mußte Simons reden. Lord D'Abernon, der englische Botschafter in Berlin, tat das, was Simons in seiner Note so bereitwillig in Aussicht gestellt hatte: er forderte ergänzende Aufklärungen über das deutsche Angebot. Die Antwort des Dr. Simons konnte nur die Bestätigung des veruchten Betruges sein, das Eingeständnis, daß die Ebert-Republik die Zinsen der Kriegsschulden möglichst herabsetzen und die Jahresraten, die Annuitäten, auf eine möglichst lange Zeit, auf 70 oder 80 Jahre, ausdehnen wolle. So mußte nach amtlicher Londoner Meldung die Erklärung des Dr. Simons bei der englischen Regierung den „alle-schlechtesten Eindruck“ machen. Nur eine Hoffnung bleibt: daß Deutschland noch bis zur Sitzung des Obersten Rates am 30. April ein neues befreierendes Angebot macht. Auch diese Hoffnung wird sich nicht erfüllen. Die Vereinigten Staaten werden, wenn es noch nicht geschehen ist, die deutsche Note in den nächsten Stunden auch formell ablehnen. Doch wird marschieren. Simons und Fehrenbach werden gehen. Der Bankrott der bisherigen deutschen Außenpolitik ist da.

Was nun?

Schon melden bürgerliche Blätter tröstend, daß die kommende Regierungskrise sich auf einen Personalwechsel beschränken werde: die alte Regierungskoalition von Zentrum, Demokraten und Deutscher Volkspartei werden erhalten bleiben. Aber gerade diese Koalition hat in der Person ihrer hervorragendsten Führer eben bankrott gemacht. Wie soll sie den Weg zur Überwindung, zur Überbrückung der Krise jetzt finden, da sie ihn bisher nicht gefunden hat?

In der Tat: die Lage ist für die deutsche Bourgeoisie heute anders als vor zwei Jahren. Damals konnte die bürgerliche Mehrheit der Nationalversammlung samt der Unabhängigen gegen den Schönreiter Philipp Scheidemann zum Berliner Frieden Ja sagen. Denn mit der Unterzeichnung des Friedens unterzeichnete sie einen Wechsel auf lange Sicht, unterzeichnete sie die Atempause, die ihr auf Kosten der deutschen Arbeiter allein neue Lebensmöglichkeiten geben konnte und auch gegeben hat, indem sie ihn den Dampfer-Export erlaubte. Heute muß die Bourgeoisie und ihre Reichstagsmehrheit zum Londoner Diktat Nein sagen. Denn mit der Unterzeichnung der Londoner Forderungen unterzeichnet sie ihr sofort zu vollstreckendes Todesurteil, unterzeichnet sie ihre Abschneidung vom Weltmarkt, die Preisgabe des letzten Restes selbständiger imperialistischer Existenz.

Auch wenn der Entente-Imperialismus und der deutsche Imperialismus es wollten, es kann keine dauernde Verständigung zwischen ihnen geben. Denn die Beseitigung der Kriegsverheerungen ist auf kapitalistischer Grundlage nur durch weitere Vernichtung, die Erhaltung und Ausdehnung des Imperialismus der Entente nur durch weitere gewalttätige Ausschaltung aller entgegenstehenden kapitalistischen Konkurrenz möglich. So wird jede neue bürgerliche Regierung in Deutschland vor dem Dilemma stehen, an dem Dr. Simons und Fehrenbach gescheitert sind: entweder die vollkommene Kapitulation vor dem Entente-Imperialismus zu vollziehen oder aber die Krise durch weitere vergebliche Lösungsversuche nur noch mehr zu verschärfen bis zum unvermeidlichen offenen Bruch.

bleiben die Hilfskräfte des Kapitalismus diesseits und jenseits des Rheins, die Scheidemann und Hilferdinge. Beide bleiben in ihrer Rolle: jene als Hilfskorps des deutschen Kapitals, diese als Unterstützungstrupp des Entente-Imperialismus. Beide, die Scheidemann von der deutschen Seite, die Hilferdinge von der Entente-Seite, stoßen und drängen zur Verständigung. Schön höhnt der „Vorwärts“ über die klägliche Flucht der Fehrenbach-Simons-Regierung, die zusammen mit ihrem Parlament Deutschland dem Chaos überlasse. Doch warnt die „Freiheit“ dieselbe Fehrenbach-Regierung vor einer „Presse-Poutik“, die einen Bruch mit der Entente unvermeidlich mache. Beide, „Vorwärts“ und „Freiheit“, arbeiten sie daran, durch bewußte Abtünchlung



der außerpolitischen Kräfte zwischen den kapitalistischen Staaten die Macht der Bourgeoisie noch einmal zu retten.

Indem so die Scheidemänner und Hilferdinge die Entente und die Ober-Republik zur Verständigung drängen, werden sie zwar die außerpolitische Krise nicht lösen, aber sie werden sich selbst verständigen. Wie sie innerpolitisch in dem gemeinsamen gebilligten und unterstützten Försing-Feldzug gegen die Kommunisten die Plattform zu ihrer Einigung gefunden haben, so finden sie sie außerpolitisch, indem die Hilferdinge den Burgfrieden, den sie mit dem Ententeimperialismus längst geschlossen haben, auf die deutschen Kapitalisten ausdehnen, und indem die Scheidemänner auch die „Erbfeinde“ als Freunde gleich den Unabhängigen anerkennen. Aber die vereinigte Verständigungsdaktion der Scheidemänner und Hilferdinge wird, obwohl ihre Lipinski und Seberinge eben erst ihre Regierungsfähigkeit im Krieg gegen die Kommunisten dem französischen und deutschen Kapital dargeboten haben, dem Proletariat nur noch handgreiflicher beweisen, daß ihm schon die Simons-Fehrenbach-Regierung bisher bewiesen hat: daß jegliche Verständigung, wie jeglicher Bruch unter den kapitalistischen Mächten auf Kosten der Arbeiterklasse geht, ihr entsetzliches Elend nur verdoppelt und verdreifacht.

Für die Arbeiterklasse steht die Frage nicht so, wie sie das Bürgertum und ihre sozialdemokratischen Hilfsstruppen stellen: Verständigung oder Nichtverständigung. Für das Proletariat gibt es nur eines: erbitterten rücksichtslosen Kampf gegen jeglichen Kapitalismus, gleichgültig, ob es sich um das von Hermann Müller empfohlene deutsche Kapital, oder um den von Rudolph Breitscheid gepriesenen Ententeimperialismus handelt.

Und wenn im Laufe ihres Befreiungskampfes die siegreiche deutsche Arbeiterklasse einmal gezwungen wäre, mit einem überlegenen imperialistischen Feinde sich zu verständigen, so würde sie es tun, wie es Räte-Rußland im Frieden von Brest-Litowsk getan hat: dadurch dem Gegner nur um so sicherer den Genickstoß zu geben.

## Politische Uebersicht.

### Die große Reinigung.

Die Rechtssozialisten und Unabhängigen erhalten jetzt von der Stinnes-Regierung im Reich und in Preußen Tag für Tag kräftigere Zusätze. Man wird dieses Schicksal nach der würdevollen Haltung dieser freiwilligen und unfreiwilligen Kapitalknechte nicht unerbittert finden. So erhielt jetzt der bisherige Beirat im Preussischen Handelsministerium der Rechtssozialist Siering den Posten. Man wußt die Herren einfach aus den Regierungsvorständen heraus, weil man ihrer auch nicht mehr zum Schein bedarf. Die sozialistischen und unabhängigen Landräte und Oberpräsidenten werden als lästige Ueberbleibsel der nachrevolutionären und scheinstzialistischen Ära einfach abgesetzt. In selbst linksgerichtete Demokraten müssen bei der großen Reinigung der Reaktion zur Aufrichtung der alten „Ordnung“ daran glauben. Zwischen macht die Legalisierung der Orgel rüstige Fortschritte. Nach Oldenburg und Württemberg soll jetzt auch in Preußen im Einklang mit dem Staatsministerium die Rekonstitutionierung der Einwohnerwehren im Mai erfolgen. Nach der Niederwerfung des Märzauflandes unter tätiger Mitwirkung der SPD. und USPD. stabilisiert sich die bewaffnete Macht der Reaktion als diktatorische und vollziehende Gewalt. Infolgedessen wird auch die Scheinverfolgung der bisher völlig unbehelligt gebliebenen Rapp-Rebellen eingestellt. Der Reichsgerichtsrat Dehlschläger hat nun auch den ehemaligen Regierungs- und Berliner Polizei-Präsidenten von Jagow außer Verfolgung gesetzt und den Stedebrief, der gegen ihn als kassistischer Minister des Innern erlassen war, zurückgezogen. Nachdem auch alle andern Rappisten und gegen die ursprüngliche Verfassung gerade auch die führenden Männer des hochverräterischen Rapp-Unternehmens amnestiert worden sind, fordert jetzt konsequenterweise die reaktionäre Presse auch die Straffloserklärung des kassistischen Hauptverbrechers General von Lützow, an dem sich ohnedies kein Rechtsanwalt heranwagt. Die Justizminister und Gefängnisse sind eben nur noch für kommunistische Arbeiter da, die zu Hunderten und Tausenden der Kassejüdisch der gegenrevolutionären Bourgeoisie zum Opfer fallen. Und diese Unrechtssprechung will trotz ihrer haarsträubenden Urteile sogar noch die Kritik unterbinden. Jetzt hat ein überreifer Staatsanwalt sogar den verantwortlichen Redakteur des Unabhängigen „Zeiter Volksboten“ angeklagt wegen „Berüchtlichmachung“ von „Staatsanrichtungen“, weil dieser in seinem Blatt den Brief des Reichsanwalts Rosenfeld an den Reichspräsidenten veröffentlichte, worin die schleunige Aufhebung der Verordnung Everts über die Einziehung der Sondergerichte gefordert wurde. Es lebe die Republik mit den monarchistischen Staatsanwälten und dem weißen Terror an der Spitze!

### Der Orgeschminister Koch und die Levi-Broschüre.

„Dr. Levi hat in einer ganz hervorragenden Broschüre ungemein beachtenswertes Material zusammengetragen. Wir können an Aeußerungen eines Mannes, dem die Kommunisten lange das größte Vertrauen geschenkt haben, nicht vorbeigehen. Wenn Herr Höllein zu behaupten wagt, daß die grauenhaften Verurteilungen von Angehörigen der Schutzpolizei durch Spitzel verursacht seien, so ist das eine geradezu lächerliche und ungläubliche Behauptung, die niemand im ganzen Volke glauben wird. Ich lege die Photographie der verurteilten Leiden auf den Tisch des Hauses. Die Verbrechen bedürfen einer eragten Sühne, von einer Amnestie kann keine Rede sein.“

So sprach im Reichstag der Minister des Innern Koch, der Vertreter der mörderischen Stinnes-Regierung, das Oberhaupt des weißen Schreckens und des Kommu-

nistenpogroms. Herr Koch hat es leicht, seine Hehe gegen die revolutionäre Arbeiterschaft zu betreiben. Das Material, das er braucht, findet er ja in einer „ganz hervorragenden Broschüre“. Keine Amnestie! Es leben die Sondergerichte und der Kommunistenpogrom! Paul Levi kann zufrieden sein mit der Frucht dessen, was er gesät hat. . . .

### Der Fall Müller-Brandenburg

wird infolge einer deutschnationalen Anfrage den Reichstag am Dienstag, den 3. Mai, beschäftigen. Die Reichsregierung soll darauf antworten, welche Vorgänge zur einstweiligen Amtsenthebung des Chefs der Thüringer Staatspolizei Major Müller-Brandenburg geführt haben, und die gegen den genannten Polizeibeamten auf Veranlassung und unmittelbares Eingreifen des Ministeriums des Innern von dem thüringischen Ministerium eingeleiteten Untersuchung veranlaßt haben. In hochtönenden Phrasen begleitet die „Deutsche Zeitung“ das bevorstehende parlamentarische Zwischenspiel und trompetet in einer großen Schlagzeile gleich einen „Hochverrat in Thüringen“ hinaus. Sie ergeht sich in allerhand dunklen Andeutungen und macht den Reichsanwalt scharf gegen den ihr äußerst mißliebigen Major Müller-Brandenburg. Was es mit diesem Material auf sich hat, kann man daraus ersehen, daß dem Polizeichef zum Vorwurf gemacht wird, er habe auch Kommunisten in seiner Polizei gebildet, die doch nach dem Wunsche der Reaktion im Orgeschsinne nur zum Totschlagen von Kommunisten dienen soll. Ferner wird ihm als zuchtunwürdiges Verbrechen vorgeworfen, daß in den Polizeikantinen auch die rote Fahne aushing. Das soll Propaganda für Räte-Moskau gewesen sein! Ferner soll ein unabhängiger Parteisekretär in denunziatorischer Absicht das Märchen verbreitet haben, Müller-Brandenburg sei Mitglied der kommunistischen Partei. Die „Deutsche Zeitung“ hat sogar den Eindruck, daß ein Sturz des Majors Müller-Brandenburg als Fanal für einen Generalstreik in ganz Deutschland und für den Bürgerkrieg „nach Moskauer Wunsch“ ausgewertet werden soll. Es fehlt nur noch die Behauptung, daß Müller-Brandenburg mit Holz oder irgend einem Moskauer Sendboten identisch ist. Der Reichsanwalt und der Reichstag werden es schon an den Tag bringen.

### Sondergericht Halle.

#### Wilde Bitterung in der Moritzburg.

Die Reaktion wird sehr traurig sein, daß das Ausnahmegericht in der Moritzburg ein für ihre Begriffe recht klägliches Tagesergebnis hinterlassen hat. Es fällte drei Urteile; davon erkannte eins auf Freispruch, eins auf fünf Monate Gefängnis und eins auf drei Wochen Gefängnis. In zwei Fällen wurde Verurteilung beschlossen. Damit wurde der Freitag der mildeste Tag seit Eröffnung der Ausnahmegerichte. Freilich war das die Kammer des Landgerichtsdirektors Thormes. Die des Herrn Krüger mutet sich allerdings andere Kraftleistungen im Dienste der „Staats-erhaltung“ zu.

Der achtzehnjährige Arbeiter Hans Bonid aus Radewell soll mit anderen Bewaffneten am zweiten Osterfeiertag auf einem Auto durch Radewell gefahren sein. Die Anklage verdrückt er lieben Mitbewohnern des Hauses, mit denen seine ganze Familie verfeindet ist und die seine Brüder schon oftmals denunziert haben. Die Angeseher, Frau Wöbhus und Tochter, bekundeten, daß sie bei der rasenden Geschwindigkeit das Auto nicht erkennen konnten, ob es ein Lastauto oder ein Personauto war. Und dabei wollen sie gerade den Angeklagten genau erkannt haben! Von den übrigen Radewellern, die noch auf dem Auto standen, vermochten sie nämlich keinen zu nennen. Das Gericht glaubte dennoch den Aussagen der Zeugen. Es ging noch über den Antrag des Staatsanwalts, der drei Monate Gefängnis beantragt hatte, hinaus und verurteilte B. zu fünf Monate Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe.

Der Arbeiter Willi Kähler aus Radewell, den die recht unsichere Aussage des Polizeiwachmeisters Kirchhoff aus Kammendorf ins Gefängnis bringen sollte, wurde von der Anklage des Waffenbesitzes und des Anschlusses an bewaffnete Parteien freigesprochen.

Der dreizehnjährige Arbeiter Otto Schmidt aus Corbitha hatte auf Weisung anderer Kollegen am Ostermontag eine Versammlung von 10-12 Mann einberufen. Waffen hat er nicht gehabt. Der Staatsanwalt hielt ihn des Verbrechens der Vorbereitung zum Hochverrat für überführt und beantragte ein Jahr sechs Monate Zuchthaus. Das Gericht nahm nur einen Verstoß gegen die Verordnung Försings über das Verbot von Versammlungen an und verurteilte ihn zu drei Wochen Gefängnis, die als durch die Untersuchungshand verhängt erachtet wurde.

### Der radikale „Denunziant“.

Vor dem Ausnahmegericht in Hamburg hatte sich der Jahrmann Hildebrandt, der Reichsanwalter Sierl und der Arbeiter Guttschid zu verstanden. Die Anklage lautet auf Aufrühr, begangen am 23. März. Guttschid wurde außerdem zur Last gelegt, dem Reichsanwalter Adler erschossen zu haben. Ein Mann namens Strauß, der in der Erwerbslosenbewegung das große Wort redete und überall den Radikalen wehte, hat den Spieß geführt. Er hat die Angeklagten beschuldigt, um sich die Belohnung zu verdienen, die zur Ermittlung des Täters, der den Reichsanwalter erschossen hatte, ausgesetzt war. Der Strauß wurde Strauß als Betrüger entlarvt, vor der Verurteilung schämte er seine früheren Aussagen wesentlich ein. Der Staatsanwalt ließ deshalb den Jungen fallen und beantragte gegen Hildebrandt und Guttschid Freisprechung. Das Gericht erklärte die Aussagen des Strauß jedoch für glaubwürdig. Guttschid erhielt 3 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, Sierl wegen Teilnahme am Aufrühr 7 Monate Gefängnis, Hildebrandt wurde freigesprochen.

## Ausland.

### Lloyd George und Briand sind sich einig.

Die „Times“ berichten, Lloyd George habe eine Unterredung mit dem König gehabt. Der Ministerpräsident beruhigte ihn über die Lage, die durch die deutsche Note an Amerika geschaffen ist. Lloyd George sagte bei dieser Gelegenheit, daß zwischen England und Frankreich in der Frage der gegen Deutschland vorzunehmenden „Sanktionen“ vollständige Einigkeit bestehe.

### Die oberschlesischen Gruben im Streik?

Extrablätter von gestern meldeten aus Kattowitz: Auf allen Gruben Oberschlesiens mit Ausnahme von zweien sind die Belegschaften vormittags in den Streik getreten. Wie es heißt, handelt es sich um eine Art Proteststreik gegen die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens.

Uns scheint diese Meldung stark anrüchig. Eine Bestätigung muß abgewartet werden.

### Ein Ultimatum an Deutschland.

London, 1. Mai. Wie Reuter meldet, soll Deutschland ein kurzes Ultimatum gestellt werden, nach dessen Ablauf die „Sanktionen“ in Kraft treten sollen. Damit seien alle Meinungsverschiedenheiten unter den Alliierten behoben.

### Keine Einigung im englischen Bergarbeiterstreik.

Die „Frankfurter Zeitung“ läßt sich aus London melden: Nach einmonatigem Streik und schwerster Notlage der Arbeiter schickten erneut die Verhandlungen im Bergarbeiterkonflikt. Der Exekutivauschuß hielt an seinen prinzipiellen Forderungen, beschränkt an dem permanenten Pool fest. Der Exekutivauschuß verließ London, um die Distrikte erneut zu befragen.

### Staatsbeamtenstreik in Italien.

Die Beamten sämtlicher Ministerien mit Ausnahme des Ministeriums des Innern in Rom sind wegen Ablehnung von Steuerzuschlägen in den Ausstand getreten und haben Ausschreitungen gegenüber Vorgesetzten begangen. Die Ministerien wurden geschlossen und militärisch besetzt. Eine Versammlung der Beamten wurde durch Kavallerie auseinandergejagt. Eine Beamtenvertreterversammlung beschloß die sofortige passive Resistenz aller Staatsbeamten in ganz Italien.

## Gewerkschaftliches.

### Die Holzarbeiter Halles haben wiederum eine kommunistische Ortsverwaltung gewählt.

Wie der Vorstand des Metallarbeiter-Berbandes glaubte, den Halleischen Metallarbeitern einen schweren Schlag zu versetzen, indem er das Büro besetzen ließ, so glaubte der Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Berbandes, die Halleischen Holzarbeiter, die sich eine kommunistische Ortsverwaltung gewählt hatten, aus ihrer Position zu drängen.

Durch die Verhaftung des Genossen Richard Müller, des Bevollmächtigten der Halleischen Holzarbeiter, machte sich nach Auffassung des Vorstandes des DHB. eine Neuwahl der gesamten Verwaltung notwendig. Er ordnete diktatorisch eine Generalversammlung an und setzte auf die Tagesordnung „Neuwahl der Ortsverwaltung“. Im Bewußtsein ihrer guten Sache beteiligten sich unsere Genossen auch an dieser Generalversammlung. (Es fanden 2 Versammlungen statt). Die menschewistischen Gewerkschaftsbürokraten in Halle hatten fleißig zu diesen Versammlungen gearbeitet, Schlepperdienste, Hausbesuche und andere schöne agitatorische Mittel mehr mußten herhalten, um die Generalversammlung zu füllen.

In den Versammlungen hatten sich Holzarbeiter eingefunden, die schon seit 15 Jahren nichts mehr vom Holzarbeiterverband wissen wollten. Die Menschewisten hatten programmäßig ihre Redner aufgezogen, Stoßtrupps gebildet. Sie wollten den Vorsitzenden der Halleischen Gewerkschaftskommission, den Genossen Paul Weyer, nicht reden lassen. Trotzdem wurde in der 2. Versammlung wiederum eine rein kommunistische Ortsverwaltung mit 40 Stimmen Mehrheit gewählt. Ein schöner Erfolg, wenn man bedenkt, daß die Halleischen Arbeiter noch unter dem verhängnisvollen Belagerungszustand leben müssen, daß sie keine Presse haben und ihre führenden Genossen noch verfolgt werden. Wir leben aber trotzdem, es geht vorwärts!

Dieser Ausgang der Wahl zeigt aller Welt, daß auch im Kampfgebiet der Kommunismus marschiert, obgleich die Kampferdamer heider Schattierungen mit den gemeinsten Mitteln der Lüge und Verleumdung gegen uns arbeiten. Die Halleische und mitteldeutsche Arbeiterchaft hat durch den hinter uns liegenden Kampf erst recht erkannt, daß die KPD. es ist, die führend im Befreiungskampfe vorangeht. Die Bäume der Menschewisten werden auch in Halle nicht in den Himmel wachsen.

### Dippmanns Gewalttät vor dem bürgerlichen Gericht.

Sie erinnerlich sein dürfte, hat der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Berbandes mit Hilfe der Schutzpolizei unsere Genossen aus ihrem Büro werfen lassen. Die Anrufung des Halleischen Amtsgerichtes war deswegen notwendig. Das Amtsgericht sollte entscheiden, ob die Statuten des Metallarbeiter-Berbandes so anzulegen sind, daß der Vorstand des DHB. verpflichtet ist, die Ortsverwaltung zu bestätigen. Die Entscheidung des Gerichtes ist gefallen. Der Vorstand des DHB. muß das gesamte Inventar, das Vermögen herausgeben und die Räume verlassen und ein gerichtlicher Verwalter ist bestellt, der vorläufig die Obhut über die Sachen hat. Somit hat also ein bürgerliches Gericht erkannt, daß der Schritt der Metallarbeiterbürokratie gegen die Halleische Arbeiterchaft ungerechtfertigt ist. Armer Robert Dippmann, daß Du auch noch das passiv!



# Eine Abrechnung mit der Bourgeoisie.

Die Rede des Genossen Höllein im Reichstag.

Diebe, Spionhaken, Räuber, Mörder, Blünderer nennt man jetzt die Angehörigen der kommunistischen Partei, weil sie kämpft gegen die Verelendung des deutschen Proletariats. So nannte jede herrschende Klasse ihren Klassengegner. So wurde die revolutionäre Bourgeoisie Englands, Frankreichs und Deutschlands genannt, als sie gegen den Feudalismus kämpfte. Nur daß jetzt die herrschende Klasse Hilfe gefunden hat bei Parteien, die sich revolutionär nennen, bei den Sozialdemokraten und Unabhängigen. Wir überlassen ihnen das Verleumben und Beschimpfen — (Präsident: meinen Sie die Abgeordneten mit den Verleumbungen?) — Ich rede ganz allgemein, wenn die Fackel paßt, der soll sie sich anziehen. Ein Abgeordneter hat „enthüllt“, daß die KPD monatlich 2 Millionen Mark ausgabe. Wir würden uns freuen, wenn uns soviel Geld zur Verfügung käme. Wir könnten besser den Lügen des Kapitals und seiner Agenten entgegenzutreten, aber es ist nicht so. Wo die Korruption zu Hause ist, das hat sich gezeigt, als Karl Liebknecht durch den Kornwalterprozeß die Beziehungen des Hauses Krupp mit ausländischen Agenten aufgedeckt hat, das hat sich im Erzbergerprozeß gezeigt. Dr. Weismann hat die öffentlichen Beschuldigungen gegen ihn nirgends widerlegt. Jetzt hat auch in den Reihen der Unabhängigen eine andere Auffassung von der Bewegung Platz gegriffen, als sie von der „Freiheit“ vertreten worden ist.

Nicht Moskau, sondern

Hugo Stinnes und seine Werkzeuge, die deutschen Sozialdemokraten, haben diesen Aufstand provoziert.

Anfang März hat die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ des Herrn Stinnes eine Warnung an die Orgesch, die zum Einschlagen bereit stand, erlassen, weil inzwischen die Sozialdemokraten den Schwerindustriellen die Zusage gegeben hatten, daß sie in Mitteldeutschland die Erdrösselung des Proletariats übernehmen würden. Hörsing hat sich schon in Oberschlesien als Bluthund der Bourgeoisie erwiesen. Am 16. März gab Hörsing jenen berühmten Erlass heraus, der sich angeblich gegen die Zunahme des Diebstahls und des Verbrechertums in Deutschland richten sollte, und anzeigte, daß die Sipo als Freund und Beschützer der Arbeiter komme. Schon einige Wochen vorher hatte die mitteldeutsche Arbeiterschaft durch einen jenen genannten wilden Streik gegen den Willen der Gewerkschaftsbezogen eine Polizeiaktion gegen die Kupferschieferbauende Gewerkschaft erfolgreich zurückgewiesen. Herr Severing, der Vorgesetzte des Herrn Hörsing, hat in einem Artikel im getreuen Eckard den wahren Willen der Regierung offen gestanden. Nachdem der Arbeiter Severing die Forderungen des Offenen Briefes der KPD zur Erläuterung eines Existenzminimums für alle Lohnarbeiter, Kriegsoffer, Arbeitslose verhöhnt und verspottet hatte, hat er klipp und klar zum Ausdruck gebracht, daß er als

Agent provocateur, als Spitzelkollaborateur der Bourgeoisie den mitteldeutschen Aufstand bewußt provoziert hat.

Das hat er auch zugestanden in einem amtlichen Dokument: „Die Märzunruhen 1921 und die preussische Schutzpolizei“. (Lachen rechts. — Zusage: Was sagt Levi?) Mit ihm werden wir in aller Freundschaft und Ruhe alles austragen und brauchen dazu nicht Leute Ihres Kalibers, die den Sozialismus täglich und stündlich verraten. Severing sagt klipp und klar, daß er das Loschlagen provoziert hat, um die Schwüle in Mitteldeutschland zu beseitigen. Das als Sozialdemokrat noch schriftlich der Welt mitzuteilen, dazu gehört schon etwas mehr als politischer Sabotismus. Severing schreibt wörtlich:

Die Gefahr einer unmittelbar drohenden Aufwühlbewegung in Mitteldeutschland bestand im März d. J. nicht. Erst durch Entsendung von Schutzpolizei kam der Stein ins Rollen. (Bravorufe rechts.) Die Gefahr entstand erst, als die schließlich unabwehrbar gewordene Aktion zur Wiederherstellung der Staatsautorität einsetzte. Offenbar ist die KPD durch die Aktion selbst überrascht worden. Dem ist es zuzuschreiben, daß der Aufstand sich nicht zu einer großen Gesamtkaktion der kommunistischen Partei ausgewachsen hat. Besonderen Dank verdienen die gewerkschaftlichen Organisationen aller Richtungen dafür, die Behörden unterstützt zu haben. (Bravo! rechts.)

Der wirkliche Zweck der Aktion ist Vorbereitung zum Abbau der Kohle in Deutschland.

Wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ vom 17. April fordern, die auch Verlängerung der Arbeitszeit verlangen. Die Papierfabrik in Kröllwitz eröffnete ihren Arbeitern ganz kaltblütig:

„Von heute an wird 10 Stunden gearbeitet, der Lohn bleibt der gleiche wie bisher. Am Sonntag muß jeder Arbeiter Arbeitsbereitschaft leisten, und zwar ohne jede Bezahlung. Wer diese Bedingungen nicht annehmen will, wird auf der Stelle entlassen.“

Als die Arbeiter sich nicht ohne weiteres damit abfinden wollten, erschien die Halle'sche Schupo mit Lastautos und Maschinengewehren, um den Betriebsrat, der im Auftrage seiner Kollegen gehandelt hatte, verhaften und nach der Moritzburg abtransportieren zu lassen. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ vom 14. April teilen mit, daß die Bergwerksbesitzer in Burgstädt den Arbeitern den Tarif für den 15. Mai gekündigt haben, um einen 15prozentigen Lohnabbau vorzunehmen (hört, hört! bei der KPD).

Die vom Lenawerk für die Wiedereinstellung der Arbeiter angebotenen Arbeitsbedingungen sind keine Arbeitsordnung, sondern eine Zuchtshausordnung (Lachen rechts) und die Gewerkschaftsbürokratie hilft dabei mit.

Die Bourgeoisie will ein rasiges Absterben des deutschen Proletariats herbeiführen, damit das Kapital sich wieder erholen kann. Wie Professor Gruber in München erklärt hat:

„Es müssen in Deutschland rasch 15 Millionen Proletarier absterben, damit Deutschland weiter existieren kann.“

(Lachen rechts. — Zusage des Abg. Weisler. — Abg. Hoffmann, KPD: Ihr Lausbuben!) Die Arbeitslosenregister steigt und wird weiter steigen durch die Wirkung der Sanktionen. Die Arbeiter müssen eine menschliche Existenz erlängern.

Die Einsetzung der Sondergerichte steht im hellen Widerspruch zum Artikel 48 der Verfassung, der die Aufhebung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozessordnung nicht zuläßt. Artikel 105 sagt außerdem ausdrücklich:

„Ausnahmegerichte sind unstatthaft. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Die gesetzlichen Bestimmungen der Kriegsgerichte und Standgerichte werden hieron nicht berührt.“

Durch die schamhaft Sondergerichte genannten Ausnahmegerichte, werden Artikel 48 und 105 der Verfassung über den Haufen geworfen.

Die Mörder Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sind noch bis heute nicht ihrer Strafe zugeführt worden. (Zusage Rechts: Reden Sie doch mal von Holz.) Ich habe mit Holz keinerlei Gemeinschaft. Was ist mit dem feudalen Grafen Arco, dem Mörder Kurt Eisners in München geschehen? Was ist gegen die Rappverbrecher unternommen worden? Was ist mit den Mördern der 15 erschossenen und verblühten Arbeiter im Bad Tal und Mecherstedt geschehen? Sie laufen frei herum. Die einzigen bis jetzt verurteilten drei Kriegsverbrecher sind zufällig Proletarier und nicht die Herren mit den hohen Kragen. Der Redakteur Lebus, der in der „Staatsbürgerzeitung“ offen zum Morde von Pazifisten aufforderte, wurde mit 500 Mk. Geldstrafe belegt. (Hört! hört! b. d. Komm.). Aber einfache Arbeiter, die als Sanitäter unparteiisch Samariterdienste geleistet haben, der Schupo sowohl wie den Arbeitern, sperrt man auf 6 Jahre ins Zuchtshaus. Die Sondergerichte werden auch nicht besser, wenn Sie das Plasterchen aufleben, wie es die Rechtsjurislisten beantragt haben.

Herr Ebert übt jetzt Gnade, er hat verordnet, daß diejenigen, die bis zu sechs Monaten Gefängnis erhalten — nicht einmal ein Flugblattverteiler kommt mit sechs Monaten Gefängnis davon — die Bewährungsfrist ausgedehnt erhalten sollen. Auf derartige Trinitätsreden verzichten wir.

In Halle werden keine Angehörigen zu den Verhandlungen zugelassen. Von den 10 Karten, die ausgegeben werden, nimmt die Sipo 9 für sich in Anspruch.

Der Herr Reichsjustizminister hat die Stin, hier zu behaupten, daß es im Interesse der Verhafteten selbst liege, wenn möglichst rasch gegen sie verfahren werde. Leute, die man auf acht oder zehn Jahre oder lebenslanglich ins Zuchtshaus sperrt, haben kein Interesse daran, heute gefangen und morgen verurteilt zu sein.

Ein weiteres Schmachkapitel ist das Vorgehen der sogenannten Staatsanwälte. Es sind Anwälte unter ihnen, die blutrünstiger und gemeiner gegen die Angeklagten wirken als die Staatsanwälte und Gerichtsbehörden selbst. In Halle hat der Verteidiger Bennenitz den Angeklagten Max Bräunlich aus Mansleben, für den die Dinge so günstig lagen, daß er unbedingt freigesprochen werden mußte, durch Suggestivfragen ins Gefängnis gebracht. Derselbe Fall hat sich mehrmals wiederholt. Noch niederträchtiger treibt es der Rechtsanwalt John.

Die Rüstungen der Orgesch, die Waffen- und Munitionslieferungen werden von den Behörden gedeckt. Unzählige Fälle des Verbrechens gegen das Entwaffnungsgesetz durch Deutschnationale sind öffentlich bekannt. Man schreibt nicht gegen sie ein.

Kommunistische Zeitungen, wie der „Klassenkampf“ in Halle, werden verfolgt, ihr Erscheinen unmöglich gemacht.

Genosse Höllein zählt die fürchterlichen Fälle auf, die Genosse Schumann in seiner Landtagsrede schon schilderte, er liest Briefe vor, in denen Lenauer Gefangene mitteilen, wie sie mit Gummimitteln auf Gesicht und Kopf geschlagen werden, mit Fußtritten und Kolbensschlägen mißhandelt werden, daß sie in sieben Tagen noch nicht zwei Pfund Brot erhalten haben, daß sie dem Hungertode ausgeliefert sind.

Die schamlose Lüge, daß kommunistische Kämpfer Sipolente verstimmt hätten, ist vollkommen widerlegt. Ihre Achtgroßentungen, sie haben nachträglich diese Greuelthaten vorgenommen.

Abg. Höllein schildert weitere Greuelthaten, wobei die Rechte unbändig lachen. (Zusage von der KPD: Bestien!) Er schildert den Fall Sphl.

Der Schieberlatsch des Sozialdemokraten Heine, durch den das „auf der Flucht Erschießen“ in Deutschland inauguriert und zum System erhoben wurde, war selbst im kaiserlichen Deutschland unmöglich. Genosse Höllein liest vor, was Maximilian Harden in der „Aktion“ zur Erschießung Sphls geschrieben hat.

Eine neue Schandtat ist die Verhaftung des Genossen Friesland hier in Berlin, weil er in Rußland auf Befehl der russischen Sowjet-Regierung bestimmte Handlungen vorgenommen haben soll. In welchem Lande außer in diesem Deutschland der Niedertracht und der Schamlosigkeit wäre das möglich?

Rein Parteifreund Berner, Redakteur des „Ruhr-Echo“ in Essen, wurde zu zwei Jahren Zuchtshaus verurteilt, weil in dem Blatte die Aufrufe der Zentrale und der Bezirksleitung der kommunistischen Partei abgedruckt wurden. Der Staatsanwalt hatte gar 7 Jahre Zuchtshaus dafür beantragt. Berners Frau, die ihn an seinem Geburtstage besuchen wollte, erhielt den Bescheid:

Besuche sind alle Vierteljahre nur einmal gestattet. Briefe werden nur alle vier Wochen einmal geschrieben und empfangen. Von den Paketen wird alle vierzehn Tage nur eines ausgehändigt.

So werden die Verurteilten zum Hungertode bestimmt. Zu den physischen und psychischen Qualen hinzugefügt.

Mit den Dynamitattentaten haben wir nichts zu tun; sie sind Spindelterror.

Roch ist kein Rappverbrecher auch nur in Unterjuchungshaft genommen worden. Kommunisten sind in den letzten vier Wochen zu über 1200 Jahren Zuchtshaus und Gefängnis verurteilt worden. Auch diese Urteile werden die kommunistische Bewegung nicht schwächen. Aus den Gebirgen der Erschlagenen und Gemordeten, aus den Gebirgen derer, die ihr im Zuchtshaus vermodern laßt, werden die Rächer erstehen, die Euch und Euren Klassenstaat davon segnen und der Menschheit endlich die Möglichkeit des Lebens und Atmens geben! (Bravo! bei den Kommunisten.)

## Die Antwort auf Kochs Herausforderung.

Fröhlich (Komm.):

Es ist sehr gut zu verstehen, das Herr Meerhof die Gelegenheit wahrnimmt, die USP. zu rechtfertigen wegen ihres unerhörten Verrates, eines Verrates, wie er in der ganzen Revolutionsgeschichte einzig dasteht. (Zusage bei der USP.: Levi!) Ich begreife, das Sie sich hinter Levi verschützen, aber ich sage Ihnen:

Ein Renegat macht Ihren Kohl nicht fett.

Sie haben Renegaten genug. Es ist lächerlich, wenn Sie behaupten, daß sich die Arbeiterschaft von den Kommunisten abwendet. Die Redner der USP., die jetzt hinausgehen und das schöne Lied von Paul Levi ableiern, werden von der Arbeiterschaft ausgepöffelt und die Kommunisten haben in der Arbeiterschaft noch nie einen solchen Beifall gefunden, weil es den Arbeitern jetzt klar wird, daß es nur eine revolutionäre Partei gibt, nur eine Partei, die in jedem Augenblick bereit ist, die Interessen der Arbeiterschaft gegenüber der Konterrevolution zu verteidigen, die kommunistische Partei.

Ich protestiere mit aller Entschiedenheit gegen die demagogischen Anwürfe, die der Minister Koch gegen uns erhoben hat. Klar und offen haben wir erklärt: Jawohl, wir haben die Massen gerufen, jawohl, wir tragen die politische Verantwortung für diese Aktion des revolutionären Proletariats. Wir als Kommunisten haben es als unsere Pflicht angesehen, die Massen zum Kampf aufzurufen in einem Augenblick, wo die Arbeiterschaft von der Konterrevolution so ungeheuerlich herausgefordert wurde.

Minister Koch hat den Mut gehabt, zu behaupten, daß nur

Selbstsucht und Gewinnsucht

diese Massen getrieben haben. Von einem Manne wie Koch, dessen Existenz gesichert ist, sollte man nicht erwarten, daß er überhaupt das Wort Gewinnsucht und Selbstsucht in den Mund nimmt, wenn er das Elend der Arbeiterklasse sieht, wenn er weiß, um leben zu können und wenn seine Regierung zusammen mit den Sozialdemokraten erklären muß: Selbst unjeren Staatsbeamten können wir nicht das Existenzminimum gewährleisten.

Ich habe mich nach den Worten des Ministers Koch gewundert, warum seinerzeit die Demokratische Partei, der er angehört, die Arbeiterschaft gegen den Rapp-Butsch aufgerufen hat. Er hat hier klar und deutlich erklärt, daß er gegen links mit allen Mitteln der Gewalt vorgehen will und daß er gegen die Pulschisten auf der rechten Seite nicht das Geringste unternehmen will. Das ist

der Orgeschminister, wie er im Buche steht.

Er führt die Linie schnurstracks weiter, die er schon beim Entwaffnungsgesetz festlegte, als er ganz offen erklärte: Was wir euch vorlegen, ist nur ein Schwarn. Damit soll nur der Entente blauer Dunst vorgemacht werden. Im übrigen, Ihr Orgeschleute, Ihr Rahr und Escherich, rüftet ruhig weiter, wir sind Euch dankbar dafür, daß Ihr eine konterrevolutionäre Truppe gegen die Arbeiterschaft aufstellt!

Die Arbeiterklasse weiß jetzt, daß sie ein Ministerium der offenen brutalen Konterrevolution hat. Aber dieser Minister, der am Schluß so vertrauensvoll in die Zukunft blickte, wird sich noch umdrehen. Er meint, es gebe in Deutschland nicht soviel Deklassierte, daß die kapitalistische Ordnung erschüttert werden könnte. Es gehört Mut dazu, hier als Minister des Reiches, das die Arbeiter durch die elende Mißwirtschaft in den Hunger hineintreibt, von Deklassierten zu sprechen, zumal er weiß, daß das ganze Bürgertum demoralisiert und nur noch eine einzige große Schieberbande ist. Die Deklassierten des Ministers Koch, die Arbeitslosen, die täglich aus dem Produktionsprozeß ausgepöppelt werden, sie werden unter dieser Wirtschaft immer zahlreicher und gewaltiger und eine solche Macht werden, daß sie die ganze kapitalistische Herrlichkeit zum Teufel jagen können.

Das versichern wir Ihnen: Wenn wir auch diesmal niedergeschlagen worden sind, so werden wir nicht zögern, sobald uns die Situation günstig erscheint, und sobald wir wieder herausgefordert werden, aufs neue den Ruf an die Massen zu richten: Zum Kampf gegen die Gesellschaft! Ja, der Tat, wir bekennen es hier frei heraus: Wir sind Hochverräter am kapitalistischen Staat, weil die Existenz dieses kapitalistischen Staates ein einziger Hochverrat an der Arbeiterklasse ist. (Beifall bei den Komm., Pfurufe rechts.)

## Warnung!

Ein gewisser Sammet aus Meiningen erschien bei uns und gab an, daß er politischer Flüchtling sei und besief sich u. a. auch auf jüngeren Genossen sichhorn. Die Angaben des Sammet stimmen nicht. Er ist kein politischer Flüchtling und wir ersuchen alle Arbeiterorganisationen, beim Austausch des Sammet ihm alle Ergänzungen abzunehmen.

Zentralkomitee „Rote Hilfe“



# Aus der Partei.

## „Sowjet“.

Unter diesem Titel erscheint am 1. Mai ab wieder eine vom Seehof-Verlag in Berlin herausgegebene Zeitschrift, für die jetzt Paul Levi als Herausgeber zeichnet und sie ihm, der wegen großen Druckes und schwerer Parteischädigung aus der KPD. ausgeschlossenen ist, als Sprachrohr dienen soll. In der ersten Nummer macht sich Levi seine Mitarbeit zur „Rettung der Partei“ noch etwas leicht. Außer einem kurzen Leitwort steuert er nichts neues zum Rettungswerke bei. Dafür bringt er aber eine interessante Enthüllung, indem er als Beitrag zur Märzaktion eine Resolution abdruckt, die dem Zentralkomitee in seiner letzten Sitzung vorgelesen haben soll. Das ist aber nicht der Fall. Die Resolution, die dem Zentralkomitee vorgelesen wurde, ist in der Nr. 193 der „Roten Fahne“ wörtlich abgedruckt. Es scheinen demnach zwei Resolutionen vorhanden gewesen zu sein, von denen Levi die abdruckt, die nicht dem Zentralkomitee vorgelesen worden ist. Wahrscheinlich ist Levi der Verfasser dieser Resolution, die dann von anderen Genossen, die mit ihm Gegner der Märzaktion sind, um mehr als die Hälfte verkürzt und geändert worden ist. Levi kümmert sich aber weder um die geschichtliche Wahrheit noch um den Willen seiner Freunde, er geht seinen eigenen Weg. So war es auch bei der Herausgabe seiner Broschüre „Unter Weg“, die er vorher im Korrekturabzug seinen Freunden zuschickte. Trotz ihrer Bedenken und Einwendungen gegen die Herausgabe und ihrer vorgeschlagenen Widerungen der Anlagen, gab Levi die Broschüre unverändert heraus. Levi geht eben seinen eigenen Weg, kümmert sich nicht um die Ratschläge seiner Weggenossen und er reißt dabei mit seinen langen Behnen so aus, daß seine Weggenossen sehr bald sein wahres Ziel erkennen und ihnen die Lust zum Mitmarschieren vergehen wird.

# Landarbeiterbewegung.

## Wie die deutsche Reichsregierung die Produktion in der Landwirtschaft fördert.

Der Ausverkauf Deutschlands nimmt Formen an, deren Folgen gar nicht auszubedenken sind. Die deutsche Regierung ist verpflichtet, um die Versorgung mit rationiertem Brot für die Bevölkerung sicherzustellen, mehrere Millionen Tonnen Brotgetreide einzuführen. Angeheure Summen müssen täglich in das Ausland wandern, um nur die notwendigsten Lebensmittel kaufen zu können.

In dem Zustande, in dem sich die deutsche Volkswirtschaft jetzt befindet, wäre es die Pflicht der Staatsregierung, alles in Bewegung zu setzen, um die deutsche Landwirtschaft in den Zustand zu setzen, die Ernährung der Bevölkerung selbst in die Hand zu nehmen. Aber diesen elementaren Interessen der Bevölkerung stehen die Selbstinteressen des deutschen Kapitals entgegen, denn an der Hebung der deutschen Landwirtschaft und damit der Ernährung der Bevölkerung nichts liegt. Die deutsche Landwirtschaft schreit nach Hilfe, der Kleinbauer kann infolge der kolossalen Teuerung keine Düngemittel kaufen, die Großagrarier lassen große Flächen ihres Landes brachliegen, so daß ca. 45 Proz. der deutschen Düngemittel nicht gekauft werden. Der Ertrag der deutschen Landwirtschaft sinkt immer mehr. Die Aufgabe der Regierung wäre es, dahin zu wirken, daß diese ungeheuren Mengen Kunststoffe der deutschen Landwirtschaft zugeführt werden, um die Ertragsfähigkeit unseres Ackerlandes zu steigern und das Kalifornien müßte gezwungen werden, zu niedrigen Preisen ihre Produkte abzugeben.

Wer glaubt, daß die Regierung in diesem Sinne für die Interessen der breiten Bevölkerungsschichten eintritt, hat weit gefehlt. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Stimmorgan und Sprachrohr der Regierung, gibt etwa folgende Nachricht in ihrem Handelsteil bekannt: Zwischen der deutschen Regierung, dem Kalifornien und den Vereinigten Staaten finden Verhandlungen statt, die darauf hinausgehen, gegen einen Preisabschlag von 45 Prozent auf fünf Jahre 80 Prozent der deutschen Kalifornien abzugeben. Diese kleine Nachricht wird mit der Bemerkung ausgeschmückt, daß dies ein Zeichen der intensiveren Gestaltung deutsch-amerikanischer Handelsbeziehungen sei. In Wirklichkeit ist es die ungeheure Schädigung der Bevölkerung für die Selbstinteressen der Kapitalisten.

Die Ausfuhr von 80 Prozent der deutschen Kalifornien hat eine Preissteigerung zur Folge, wie wir diese in der Ausverkaufsjahres 1919/20 bei Stiefeln usw. erlebt haben und

die sich jetzt auf die gesamte Lebensmittelversorgung ausbreiten wird. Der Kleinbauer wird noch weniger als bisher in der Lage sein, Düngemittel zu kaufen, die Sabotage der Großagrarier wird größer werden, die Folge ist größere Arbeitslosigkeit und Verelendung des Proletariats. Im vorigen Jahre überstieg die Nachfrage nach Arbeit in der Landwirtschaft das Angebot um 150 000 Mann.

Die deutsche Regierung tut nichts, um die Ernährung der arbeitenden Schichten zu heben, desto mehr hilft sie den Kapitalisten das für die deutsche Landwirtschaft so notwendige Düngemittel für hohe Gewinne ins Ausland zu verschleppen.

Die Verelendung und Arbeitslosigkeit unter dem deutschen Proletariat wird in erschreckendem Maße zunehmen, eine Verteuerung aller Lebensmittel wird einsehen.

Während die Kapitalisten schleppen, wird das Proletariat in den Ecken verrecken. Diesem Raubbau am Proletariat muß unbedingt der Wille der geeinten Arbeiterschaft entgegengesetzt werden, gegen seine vollständige Unterdrückung und Aushungern muß das Proletariat auftreten und das Kapitalistengefindel mit seinen Helfershelfern zum Teufel jagen.

# Mitglieder-Versammlung

Dienstag, den 3. Mai, abends 7 1/2 Uhr, in „Zausoucie“, Neuhäuser.

## Tagesordnung:

1. Bericht über den Siegnitzer Bezirksparteitag.
2. Aussprache.
3. Verschiedenes.

Alle Genossen sind verpflichtet zu erscheinen. Die Mitgliedskarte ist am Eingang vorzuzeigen.

Orts-Ausschuß KPD. Breslau.

# Lokales.

Breslau, den 3. Mai 1921.

## Der 1. Mai in Breslau.

Als die Sozialdemokratie noch die Partei der Debel und Wilhelm Piebknacht war, hatte die Bourgeoisie allen Grund, sich vor dem Maiaufmarsch der Arbeiter zu fürchten. Da wurden die Sozialdemokraten noch verfolgt und gehetzt, wie es heute den Kommunisten geschieht.

Aber diese Zeiten sind vorbei. Heute ist die Sozialdemokratie eine Stütze der bürgerlichen Gesellschaft geworden. Und danach sehen auch die Massen dieser Partei aus.

Hier in Breslau hatten sich die Gewerkschaften an verschiedenen Plätzen gesammelt. Da unsere Partei die Parole herausgegeben hatte, dort zu sein, wo die Massen sind, hatten sich viele unserer Genossen den Gewerkschaften angeschlossen. Trotzdem hatten sich noch größere Massen um die Fahne der KPD. gesammelt.

Die Jüge marschierten mit Musik nach dem Platz vor der Jahrhunderthalle. Dort war von einer ersten Feier nichts zu merken. Das Bild machte den Eindruck eines bunten Jahrmarktstrubels. Die Musikkapellen bliesen teilweise alte gute Regimentsmärsche, teilweise sogar moderne Operettenmusik. Nur da und dort hörte man den Sozialistenmarsch oder gar die Internationale.

Unsere Genossen scharten sich mit den Arbeitslosen um unseren Redner, der das Proletariat zum Sammeln und Rufen für kommende Kämpfe aufrief.

Die einzelnen Jüge marschierten dann wieder an ihren Ausgangspunkt zurück.

Nachmittags und Abends feierte die Sozialdemokratie bei Tanztrubel ihren 1. Mai weiter.

In stillen Gedanken an die zahlreichen Opfer der Revolution, an die treuen Genossen, die diesen 1. Mai hinter Kerkermauern zubringen müssen, traten unsere Genossen den Heimweg an.

Mit dem revolutionären Gefühls trogdem, trotz alledem vom Kampf nicht abzulassen, fanden wir einen Trost über die bittere Erkenntnis, daß zahlreiche Arbeitsbrüder diesen ersten Tag der Kampfvorbereitung mit oberflächlicher Freude und Jahrmarktstrubel begehen können.

# An alle Genossinnen und Genossen!

Wir wenden uns hiermit an die Genossinnen und Genossen, uns zu unterstützen, um den in letzter Zeit zahlreich verhafteten Genossen ihre Lage so gut wie irgend möglich gestalten zu können. Hierzu benötigen wir die regste Unterstützung eines Jeden. Unterstützt uns mit Lebensmittel, Rauchwaren, Brotmarken oder Geldmitteln. Wir hoffen, nicht umsonst an die Solidarität aller Genossen appelliert zu haben. Angenommen wird täglich in den Räumen der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“, Nikolaistraße 49/50 I.

Alle Eisenbahner des DGB., die auf dem Boden der 3. Internationale stehen, treffen sich am Mittwoch, den 4. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im „Blauen Schiff“, Herrenstraße. Mitgliedsbuch des DGB. dient als Ausweis.

Kommunistische Fraktion des DGB.

## Kommunistische Jugend Breslau.

Dienstag, den 3. Mai, abends 7 1/2 Uhr, Minoritenhof

## Funktionsversammlung.

Donnerstag, den 5. Mai

## Tageswanderung nach Dörfdorf

Treffpunkt 6 Uhr früh Pafbrücke.

Zum Streit der Kinomusiker. Ein Teil der Kinobesitzer hat den Streikenden das Angebot gemacht, aus der Organisation auszutreten, natürlich aber vergeblich. Die Organisation der Musiker bietet erneut, die Kinos zu meiden, solange dort keine Musik ist.

## Magistrats-Mitteilungen.

Wer einen Vogelsteller so nachhaft macht, daß er gerichtlich bestraft werden kann, erhält eine Belohnung von zwanzig Mark durch die städtische Gartendeputation, Breitenstraße 26.

# Arbeiter hört!

Mit Blut gedüngt ist neu die Erde,  
Im Blut geht auf die heiße Saat!  
Auf daß es endlich Frühling werde,  
Arbeiter, schreiten wir zur Tat!

Noch hält der Hunger uns im Bann,  
Jedoch kein Wunder sprengt die Ketten,  
Wenn wir im Sturm Mann für Mann,  
Uns nicht aus Nacht und Zucht haus retten.

Arbeiter, hört! Uns fehlt die Tat!  
Werft ab der Knechtlichkeit Traditionen!  
Du im Schacht und Du am Rad,  
Kein Handgriff mehr für faule Drohnen!

So wie der Saft im Baume steigt,  
Muß uns ein heißes Fieber packen!  
Auf daß der Sklaven Winter weicht,  
Auf daß im Kampf wir neu erwachen!

Otto Steinicke.

# In den Fabriken, und Kontoren

muß jeder Genosse neue Leser für die „Schlesische Arbeit-Zeitung“ werben!

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Ehrenfried Wagner, für Inserate: Sozialistischer Verlag e. V. m. b. H. Druck: Buchdruckerei Büchel & Danigel, sämtlich in Breslau

Stadthreter.  
Dienstag 6 Uhr:  
Siegfried.

Oper-Theater.  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
Die Haisgasse von  
Arctis.

Urania-Theater.  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
Sans Souci-König  
Königsfahrt.

Schauspielhaus.  
Opernabende. D. R. 2545  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
Wiener Blut.

Liebes-Theater  
Tägliche 7 1/2 Uhr:  
Der große Krieg des  
Kai-Programms.

Wunder! Künstler!  
In den Unwahrscheinlichen  
die Werra (Zeits. 2. 25)  
Grenzstraße 38 Pf. bei  
L. Lehmann, Poststraße 7.

Matthias-Kino.  
Matthiasstraße 31  
und Kellereistraße 4.

Harry Piels Regie  
Die  
Millionenmine  
Atmenraubende Sensation

Ferner:  
3 galante Liebes-  
nächte Boccaccio's

Wirkungsvolle, abgerundete Szenen lassen die galanten Abenteuer, die in weicher, lockender, schwülmer Luft eines gesättigten Südens aufgenommen, bei aller Schlichtheit des Themas die Grenzen d. Fein-Pikantes nicht überschreiten.  
Ab Freitag:  
Mann ohne Namen

ZEPHER  
KINO  
Dienstag 7 1/2 Uhr  
nur bis Donnerstag  
Der Mann, den  
eisern. Nerven  
3. Etappe:  
Der Mann ohne  
Namen

Heu! Heu!

Das schwarze Buch  
des weißen Ungarn  
1,50 Mk.

Zu beziehen durch:  
Kommunistische Bucherei  
Breslau 5, Gräbischer Straße 45.

Genosse P. Chrobot  
Klosterstraße 129, III.,  
empfiehlt sich  
zur Anfertigung seiner  
Herrengarderobe  
nach Maß.  
Stoffe am Lager.  
Solide Preise.

Soeben erschienen:

Lenin,  
Die auswärtige und innere  
Politik Sowjetrußlands  
Preis 1.— Mk.

J. Stepanow,  
Ueber  
ausländische Konzessionen  
Preis 1.— Mk.  
Zu beziehen durch  
Kommunistische Bucherei  
Breslau 5, Gräbischer Straße 45.

Soeben erschienen:  
**Lenin,**  
Die auswärtige und innere  
Politik Sowjetrußlands  
Preis 1.— Mk.  
**J. Stepanow,**  
Ueber  
ausländische Konzessionen  
Preis 1.— Mk.  
Zu beziehen durch  
**Kommunistische Bucherei**  
Breslau 5, Gräbischer Straße 45.

**Wo kaufst Du?**  
Genossinnen und Genossen!  
Damit die Geschäftsteile  
verpflichtet sind, auch bei  
uns zu inserieren, erwidert  
Eure Entsch. nur bei  
Inferenten der „Schlesischen  
Arbeiter-Zeitung“.  
Inserate haben in der „Schlesischen  
Arbeiter-Zeitung“ größten Erfolg